

37. STVV 20.01.2026

TOP 3

SIVo 233126

CDU

CDU-FRAKTION IN DER  
STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG  
REICHELSHEIM (WETTERAU)

Herrn  
Stadtverordnetenvorsteher  
Holger Streburt  
[stvv@stadt-reichelsheim.de](mailto:stvv@stadt-reichelsheim.de)

Rebecca Menzel  
Fraktionsgeschäftsführerin  
[rebecca.menzel@wetterau.cdu.de](mailto:rebecca.menzel@wetterau.cdu.de)

[www.cdureichelsheim.de](http://www.cdureichelsheim.de)  
[facebook.com/reichelsheimercdu](https://facebook.com/reichelsheimercdu)

05.01.2026

**Antrag:**  
Einführung Gemeindepflege in Reichelsheim

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Streburt,

die CDU-Fraktion bittet darum, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Januar 2026 zu nehmen:

**Beschluss:**

1. Der Magistrat wird beauftragt, die Einführung einer präventiven Gemeindepflege für Reichelsheim vorzubereiten und hierzu eine Förderung über das Landesprogramm „Gemeindepflege“ in den ab 01.01.2027 gültigen Bestimmungen in Betracht zu ziehen.
2. Die Prüfung erfolgt im Rahmen der städtischen Initiative „Leben im Alter“, die als strategischer und organisatorischer Rahmen dient.
3. Der Magistrat stellt sicher, dass ein möglicher Förderantrag beim Land Hessen erst gestellt wird, wenn alle fachlichen und organisatorischen Klärungen abgeschlossen sind und der Zeitpunkt sinnvoll in die Gesamtstrategie eingebettet ist.
4. Punkt 3 beinhaltet ausdrücklich die Voraussetzung, dass der Wetteraukreis die Restfinanzierung von 20 % übernimmt.
5. Der Magistrat berichtet der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig über den Fortschritt.

**Begründung:**

Reichelsheim steht aufgrund des demografischen Wandels vor einem wachsenden Bedarf an präventiven, aufsuchenden und koordinierenden Unterstützungsangeboten. Die Ergebnisse der Initiative „Leben im Alter“ zeigen einen deutlichen Bedarf an Beratung, Vernetzung und Prävention.

Die Sozialstation arbeitet seit Jahren auf sehr hohem Niveau, ist aber durch steigende Fallzahlen und Personalmangel stark gebunden. Präventive Tätigkeiten können nur eingeschränkt geleistet werden. Eine Gemeindepflegekraft kann diese Lücke schließen und zugleich die Sozialstation entlasten.

Die Landesregierung hat einer Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege vom 26.11.2025 die Absicht bekundet, das Programm über den 31.12.2026 zu verlängern. Die Förderrichtlinien befinden sich derzeit in der Ausarbeitung. Eine verbindliche Kofinanzierung durch den Wetteraukreis ab 2027 steht allerdings noch aus. Ziel des Antrags ist dennoch die

vollständige externe Finanzierung einer solchen Stelle, weshalb der Antrag an entsprechende Bedingungen geknüpft ist.

Der Magistrat hat im März 2025 begründet, warum ein Einstieg zu früheren Zeitpunkten aufgrund der Befristung und Personalsituation nicht sinnvoll war. Diese Rahmenbedingungen haben sich nun grundlegend verändert. Der Antrag setzt deshalb bewusst nicht auf Schnelligkeit, sondern auf einen geordneten, fachlich abgestimmten Prozess, der:

- die Strukturen der Sozialstation stärkt
- die Initiative „Leben im Alter“ operativ ergänzt
- keine Parallel- oder Doppelstrukturen schafft
- eine langfristig tragfähige Lösung ermöglicht

Das Ergebnis bleibt ausdrücklich offen — sowohl ein kommunales Modell als auch eine Integration in eine „Sozialstation 2.0“ sind denkbar.



Holger Hachenburger